

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Eugen Glombig: Opposition verhöhnt die Rentner und mißachtet ihre Interessen.

Seite 1-3

Jürgen Girgensohn sieht im Ergebnis des Volksbegehrens keinen Anlaß zur bildungspolitischen Stagnation.

Seite 4+5

Egon Lutz MdB kommentiert die Arbeitsmarktdaten für Februar.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godasberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 44

3. März 1978

Beschuldigungen statt Vorschläge

-----  
Opposition setzt ihre "Aktion Verunsicherung der Rentner" fort

Von Eugen Glombig MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Sozialpolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Opposition setzt ihre "Aktion Verunsicherung der Rentner" fort. Beschuldigungen statt Vorschläge, Demagogie statt Alternativen, Vorwürfe statt Konzepte. CDU/CSU treiben konsequent destruktive Opposition nach der Sonthofener Strategieanweisung von Franz Josef Strauß. Der selbsternannte Generalist Kohl hat sich des Themas Renten bemächtigt. Die CDU-Sozialpolitiker sind auf die Plätze verwiesen worden.

Lautstärke sollte auf der gestrigen Kundgebung Gemeinsamkeit vortäuschen. Zwischen Verbandsvertretern und Opposition sind dabei wiederholt unterschiedliche Auffassungen deutlich geworden. Die als Redner auf der Unions-Veranstaltung aufgetretenen Verbandsvertreter haben auf der falschen Hochzeit getanzt. Reichsbund und VdK treten für eine Beitragserhöhung zur Rentenversicherung ein. Die Opposition hat sich unmißverständlich dagegen ausgesprochen.

Die Union will ausschließlich die Rentner belasten. Gleichzeitig buhlt sie um den Beifall der Betroffenen. Diese Doppelstrategie verhöhnt die Rentner und mißachtet ihre Interessen.

Die Verbandsvertreter sind mit der Union eine brüchige Allianz ohne Gegenseitigkeit eingegangen. Der Zerfall ist bereits in vollem Gange. Die Zündschnur wurde gestern gelegt. Denn die Verbandsvertreter haben nachdrücklich ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, die Opposition solle eine "realisierbare" Alternative zu den Koalitionsbeschlüssen

vorliegen. Die Unionssprecher haben diese Forderung geflissentlich überhört. Die Verbände werden die Unions-Alternative anmahnen müssen.

Ihren Mitgliedern können die Verbandsvertreter jetzt aus erster Hand berichten: Die Opposition hat kein sozial ausgewogenes Konzept. Die Koalition sagt dagegen den Rentnern offen und ehrlich, welche Zuwächse sie in den kommenden Jahren zu erwarten haben, wie das bewährte Rentensystem auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit funktionsfähig bleibt.

Die Vorschläge der Koalition sichern die bruttolohnbezogene Rente auf einem Niveau, das den Ansprüchen der Rentner gerecht wird. Die Renten werden in den nächsten drei Jahren mit vermutlich nur geringfügigen Abweichungen so steigen, wie die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer.

Die Koalitionsvorschläge sehen feste Zuwachsraten für die Renten vor. Die Opposition dagegen will feste Abzüge von der Rente. Niemand kann heute sagen, wie hoch die Rente sein wird, von der diese Abzüge vorgenommen werden sollen. CDU/CSU lassen die Rentner im Ungewissen. Herr Katzer hat recht: Die Union bleibt in der Kontinuität ihrer bisherigen Rentenpolitik. Ihr Vorschlag eines sogenannten Krankenversicherungsbeitrages für Rentner war schon 1977 finanziell nicht ausreichend. Damals fehlten nach ihren eigenen Berechnungen 5,4 Milliarden DM. Dieser Vorschlag der Opposition ist heute umso mangelhafter, als sich die wirtschaftlichen Daten gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert haben. Die Union weigert sich wohlweislich, ihren politischen Vorschlag heute nochmals rechnerisch zu erläutern. Sie müßte erneut seine finanzielle Unzulänglichkeit eingestehen.

Die Opposition steht mit leeren Händen da. Sie hat sich aus der sozialpolitischen Verantwortung abgemeldet. Mit ihrer Kundgebung hat sie auf außerparlamentarische Aktion gesetzt. Sie redet von Vertrauen und meint Vertrauen nicht in den Generationenvertrag, sondern einen blinden Vertrauensvorschuß der Rentner für ihre Ambitionen auf die Macht. Verunsicherung der Rentner ist ihr Geschäft. Die Interessen der Rentner sind nicht die Interessen der Opposition. Das werden auch jene Verbandsvertreter feststellen, die sich gestern von Kohl und Katzer hofieren und sich von der CDU/CSU trotz der ihnen auferlegten parteipolitischen Neutralität mißbrauchen ließen.

Die von der Koalition vorgesehenen Maßnahmen sind verantwortungsvoll und sozial ausgewogen. Sie werden vom Vorstand des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger als geeignet beurteilt, die Finanzlücke in der Rentenversicherung bis 1982 zu schließen. Die Koalition bietet ein klares Konzept. Es ist präzise durchgerechnet, finanziell tragfähig und verwaltungsmäßig durchführbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt mit wirksamen Vorschlägen für die Rentner ein. Der Generationenvertrag, das Fundament unseres Rentensystems muß erhalten blei-

ben. Er darf nicht Spielball parteitaktischer Winkelzüge der CDU/CSU werden. Im arroganten Machtkalkül der Opposition bleiben die Interessen der Rentner auf der Strecke.

Das Konzept der sozialliberalen Koalition baut auf sozial ausgewogene Maßnahmen. Es bewahrt die Fortschritte der Rentenreform von 1972, wie die flexible Altersgrenze und die Rente nach Mindesteinkommen. Unter sozialliberalen Bundesregierungen haben die Renten das höchste Niveau seit 1957 erreicht.

Die Rentner werden auch künftig am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben. Ihre Renten werden weiter steigen. Damit dies sichergestellt ist, muß jetzt gehandelt werden. Die Union ist dazu nicht in der Lage.

Unser Rentensystem darf nicht nur eine Schönwetterangelegenheit gewesen sein. Die Koalition will das Rentensystem auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit funktionsfähig erhalten. Die Opposition setzt dagegen nichts als das selbstverständliche Versprechen, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit eintreten zu wollen. Weil sie auf die Finanzprobleme der Rentenversicherung keine ausreichende Antwort hat, will sie Arbeitnehmern und Rentnern einen ungedeckten Scheck auf gute Absichten für die Zukunft unterschieben.

Die Opposition setzt auf Vergeßlichkeit. Ihr interner Streit um ein arbeitsmarktpolitisches Programm ist nicht vergessen. Die Opposition ist bisher auch zur Politik der Bundesregierung für eine langfristige Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ohne Alternative geblieben.

Die Strategie der Opposition zur Verunsicherung der Rentner wird nicht aufgehen. Die Rentner wissen: Die Koalition wird feste Rentenzuwächse von 4,5 Prozent zum 1. Januar 1979 und jeweils vier Prozent 1980 und 1981 beschließen. Sozial ausgewogene Maßnahmen werden das finanzielle Fundament unserer Rentenversicherung festigen

1. trotz der großen Worte von Herrn Katzer
2. und der SPD-Bundestagsfraktion
3. die von Katzer geforderte
4. im 21. Rentenanpassungsgesetz beschließen.

(-/3.3.1978/ks/ja)

Volksbegehren hat Ziel voll erreicht

---

Kein Anlaß zur Resignation oder bildungspolitischen Stagnation

Von Jürgen Girgensohn

Kultusminister von Nordrhein-Westfalen

Zunächst ist zweierlei festzuhalten:

1. Die von der CDU gestützte Aktion Volksbegehren hat ihr Ziel voll erreicht. Sie hat 29,9 Prozent der wahlberechtigten Bürger zu einer Unterschrift zur Abschaffung des Gesetzes über die kooperative Schule bewegen können.

2. Mit dem Volksbegehren ist kein Kernstück sozialdemokratischer Bildungs- und Schulpolitik getroffen, lediglich das Angebot des Gesetzgebers zu einer intensiveren Zusammenarbeit der drei Schulformen. Die Folge ist, daß die Chance, durch organisatorische Zusammenarbeit besonders in ländlichen Gebieten das ortsnahe Bildungsangebot zu sichern, in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden kann. Statt weitsichtig vorzusorgen, müssen jetzt alle Beteiligten abwarten, bis die Situation vor Ort Maßnahmen zur Sicherung des Bildungsangebots unabweisbar erforderlich macht. Dann wird in den betroffenen Gemeinden die polemisch-emotionale Kampf Stimmung in eine Sachdiskussion umschlagen.

Eine gründliche Analyse des Volksbegehrens braucht seine Zeit, doch scheinen mir einige erste Einschätzungen schon möglich. Ich glaube, daß der Kampf um die kooperative Schule unter ungleichen Voraussetzungen und mit ungleichen Mitteln geführt wurde.

Von Beginn an operierten die bildungspolitischen Gegner mit vereinfachenden Parolen und emotionalisierenden Schlagworten (Köppler: "Die Koalition will die Kinder kaputt machen, die Kinder sollen auf dem Altar der Koalition geopfert werden.") In der Schlußphase ist es der CDU und den mitstreitenden Verbänden gelungen, das CDU-Wähler-Potential in eine Wahlkampf Stimmung zu versetzen, die der bei Landtagswahlen in nichts nachstand. Auf diese mit sehr groben Klötzen geführte Kampagne konnten und wollten wir nicht mit gleichem Kaliber antworten. Zum einen hatten wir ein doch recht komplexes Schulmodell in der Öffentlichkeit mit sachlichen und notwendigerweise differenzierten Argumenten zu vertreten, zum anderen - und das scheint mir noch wichtiger - konnten wir die Anhänger der Regierungsparteien und die Befürworter der kooperativen Schule nicht zu aktiven Handlungen mobilisieren, eben weil die Chance zum Handeln im Volksbegehren einseitig auf der Seite derer lag, die sich gegen die kooperative Schule einsetzten. Denn nur sie konnten mit ihrer Unterschrift ihre politische Einstellung in eine Handlung umsetzen, während unsere Freunde ihre Zustimmung zur kooperativen Schule nicht durch Unterschriften dokumentieren konnten.

Eine erste Analyse der Beteiligung am Volksbegehren zeigt, daß der Erfolg der bildungs-

politischen Gegner vor allem auf die Bürgerbeteiligung in den 31 Landkreisen Nordrhein-Westfalens zurückzuführen ist. In den ländlichen CDU-Hochburgen, in denen die katholische Kirche großen Einfluß hat - auch die katholische Kirche gehörte zu den Gegnern des Gesetzes -, wurden zum Teil weit über 50 Prozent Unterschriften gesammelt, ein Beleg mehr dafür, daß es weniger um eine bildungspolitische als vielmehr um eine parteipolitische Auseinandersetzung ging.

Es wird weiter zu untersuchen sein, inwieweit das Volksbegehren auch als Ventil für allgemeinen politischen Verdruss, für Reformmüdigkeit, für das Sehnen nach der alten "heilen" Schule gedient hat.

Für uns bleibt als vorläufige Bilanz:

1. CDU-Mitglieder, CDU-Anhänger und die Aktion Volksbegehren haben durch ihren Einsatz eine schulorganisatorische Entwicklung, die in anderen Bundesländern (z.B. Niedersachsen) längst stattgefunden hat, gestoppt. Das ist gelungen durch eine Kampagne, die immer mehr Wahlkampfcharakter annahm, ohne eine Wahl zu sein.
2. Wir werden die Auseinandersetzung um die kooperative Schule nicht fortsetzen. Denn die polemischen Auseinandersetzungen, die mancherorts zu Polarisierungen von Lehrerkollegien und Elternpflegschaften geführt haben, verhindern die notwendige Zusammenarbeit aller Beteiligten in den Schulen.
3. Wir werden unsere zentralen bildungspolitischen Vorhaben konzentriert fortführen. Ich denke da an weitere Verbesserungen für die Hauptschule, an die Situation der arbeitslosen Jugendlichen, an die Ausländerkinder und insbesondere auch an unser neues Schulmitwirkungsgesetz, das darauf angelegt ist, die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten in der Schule im Interesse der Kinder zu fördern.
4. Wir sollten nach gründlicher Analyse aus Verlauf und Ergebnis des Volksbegehrens die notwendigen Folgerungen ziehen. Auf keinen Fall sehe ich einen Anlaß zur Resignation oder gar zur bildungspolitischen Stagnation. Damit ist den Kindern und Jugendlichen, denen wir uns verpflichtet fühlen, nicht geholfen. Wir wissen, daß im Bildungswesen die Chancen nach wie vor ungleich verteilt sind. Dagegen anzugehen, bleibt unsere zentrale Aufgabe. (-/3.3.1978/bgy/ja)

## Trister Winter - ödes Frühjahr

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Februar

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Im Februar war's kälter als erwartet, folglich stiegen auch die Arbeitslosenzahlen an. Auf diese kurze Formel bringen die Statistiker der Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsmarktdaten des Februar 1978. Ihre Beobachtung ist nicht falsch, sie bedarf aber einiger entscheidender Ergänzungen. Arbeitslosigkeit ist in unserem Lande zum hartnäckigen Dauerübel geworden. Der verbesserte Auftragseingang in der gewerblichen Wirtschaft führt mitnichten zu einer Erhöhung des Beschäftigungsstandes - im Gegenteil. Es ist eben nicht nur der Winter, der uns weitere 10 000 Arbeitslose beschert hat. Über die Konjunkturbelebung sind bis auf weiteres offensichtlich keine neuen Impulse zu erwarten. Die strukturellen Schwächen des Arbeitsmarktes werden von Monat zu Monat deutlicher.

Im Februar blieb die Arbeitslosenquote weiterhin bei 5,4 Prozent. 1.224.000 Stellungs-suchende wurden von den Arbeitsämtern registriert. Über 300 000 Männer mehr meldeten sich zur Vermittlung. Insgesamt sind es 687.695 oder 4,7 Prozent. Dagegen sank die Zahl der arbeitslosen Frauen um 20.000 auf nunmehr 136.374 oder 6,3 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist geringfügig zurückgegangen und liegt jetzt bei 101,152. Die Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter stieg noch einmal auf 46.822 an. Leider steht zu befürchten, daß dieser Wert noch nicht der Endpunkt einer insgesamt unerfreulichen Entwicklung ist. Fast 50 000 Arbeitslose sind über 59 Jahre alt und haben praktisch keine Aussicht mehr, eine neue Beschäftigung zu finden. 193.700 Frauen suchen eine Teilzeitarbeit, 17.000 Teilzeitarbeitsplätze werden aber nur angeboten. Die Lage hat sich auch nicht um ein Jota verbessert. Daß auch die Zahl der arbeitslosen ausländischen Arbeitnehmer angestiegen ist - sie liegt jetzt bei fast 119.000 - versteht sich da fast schon am Rande.

Bemerkenswert ist die Auffächerung des Gesamtbestandes nach Berufen und Berufsgruppen. Erwartungsgemäß stieg die Arbeitslosigkeit in den Bau- und Baunebenberufen. 104.200 suchen eine Beschäftigung, 5.000 mehr als im Vormonat. Bei den offenen Stellen gab es in diesem Wirtschaftsbereich kaum eine Bewegung. Saisonale Einflüsse sind natürlich im Baubereich am deutlichsten. Unnatürlich, und damit einiges Kopfzerbrechen bereitend, ist die Lage in der Metallindustrie. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich um 6.600 auf nunmehr 172.000, das sind 11.000 mehr als noch im Februar 1977 und das ist mit Witterungseinflüssen nicht mehr zu erklären. Die Entwicklung zeigt vielmehr, daß bei einem tristen Winter ein recht kühles Frühjahr auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist.

Die Lage in den Büro- und Verwaltungsberufen und bei den Warenkaufleuten ist etwas besser geworden. Die Arbeitslosenzahl konnte um 10.000 abgebaut werden, 252.500 Stellungs-suchende wurden im Februar registriert. Eine schon im Vormonat zu beobachtende Besserung hielt an. Voreilige Schlüsse sollte man jedoch nicht ziehen. Erst im März ist wieder ein Kündigungsquartalstermin, und da könnte sich sehr rasch als Scheinblüte erweisen, was sich derzeit so erfreulich in der Statistik ausnimmt.

Am Horizont des Arbeitsmarktes ist kein Silberstreifen auszumachen. Allen bisherigen Bemühungen ist der große Erfolg nicht zu bescheinigen. Unsere Antwort auf diese insgesamt unerfreuliche Entwicklung darf sich nicht darin erschöpfen, die Nürnberger Monatszahlen bedauernd zur Kenntnis zu nehmen. Es wird hoch an der Zeit, die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung durch ein Arbeitszeitgesetz zu ersetzen, das den veränderten tarifpolitischen Bedingungen Rechnung trägt und in der anhaltenden Unterbeschäftigung das Überstundenunwesen abbauen hilft. Der Bund wird weiter bemüht sein müssen, die Konjunktur zu stabilisieren. Und er darf dabei von den Ländern und Gemeinden nicht im Stich gelassen werden. Mit arbeitsbeschaffenden Maßnahmen und durch verstärkte Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen Teilantworten gefunden werden. Die Stabilität und die Tragfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung muß sich jetzt erweisen. Anhaltende Trägheit ist kein Gütezeichen. Wenn nichts geschieht, bleibt die Millionenarbeitslosigkeit. Das aber bedeutet Hoffnungslosigkeit für Millionen.

(-/3.3.1978/hl/ja)